

Initiativantrag an den Parteitag der CSU in Nürnberg am 11./12. Dezember 2014:

Inhalt des neuen Grundsatzprogramms

Der Parteitag möge beschließen:

Die politische Auseinandersetzung ist und bleibt vorrangig eine streitige Debatte um sprachliche Begriffe. Bei der Formulierung eines neuen Grundsatzprogramms der CSU ist deshalb wieder Wert darauf zu legen, Auftrag, Profil und Wurzeln der CSU unverwechselbar zu artikulieren. Das neue Grundsatzprogramm muss die Einzigartigkeit der CSU im deutschen Parteiengefüge erneut unterstreichen und christlich-soziale sowie konservativ-liberale Alternativen zu anderen Parteien aufzeigen. Diesem Anspruch Rechnung zu tragen, ist die Grundsatzkommission aufgefordert und gebeten, unseren politischen Standort zu betonen und insbesondere folgende Themen aufzugreifen, sie als Maßstab für die Gestaltung unserer Gesellschaft einzufordern.

Die CSU ist eine konservative Partei!

Die Politik der CSU gründet auf der dauerhaften Wertordnung des abendländischen Denkens sowie dem geschichtlichen und kulturellen Erbe unseres Volkes. Tradition, Heimat, Sprache und Kultur geben den Menschen Geborgenheit und der Gemeinschaft Zusammenhalt. Die CSU misst deshalb Neues am Bewährten und stellt den Fortschritt in den Dienst am Menschen. Die CSU weiß sich einer langfristigen, werteorientierten und nachhaltigen Politik zum Schutz des Lebens und der Zukunft kommender Generationen verpflichtet.

Die CSU ist eine Partei der Freiheit!

Die Erhaltung der Freiheit dort, wo sie gegeben, die Sicherung der Freiheit dort, wo sie gefährdet, die Wiedergewinnung der Freiheit dort, wo sie verloren ist – dieser Dreiklang formuliert den zentralen Auftrag der CSU im deutschen Parteiengefüge. Der Auftrag der CSU, sich als Anwalt der Freiheit der Bürger zu bewähren heißt: Das Recht eines jeden zu arbeiten, wie er möchte, auszugeben, was er verdient, Eigentum zu besitzen, den Staat als Organisator des Ganzen, nicht als Kontrolleur aller zu haben – das ist das Erbe der Freiheit. Eine Soziale und in diesem Sinn freie Marktwirtschaft garantiert diese Freiheitsrechte, beschreibt auch den richtigen Weg, Wohlstand für alle zu schaffen. Dieser Wohlstand ist es, der die Mittel für soziale Leistungen des Staates beschaffen hilft.

Die CSU ist eine Partei der christlichen Werte:

Der metaphysische Kern der Freiheit fußt auf der Freiheit des Menschen hin zu Gott. Christliche Verantwortung, so verstanden, beschreibt für das Handeln des Menschen Rechenschaftspflicht vor Gott und den Menschen. Die CSU setzt auf den selbstständigen, weil eigenverantwortlichen Menschen und seine Verpflichtung, Gottes Schöpfung zu bewahren, die Freiheit des Individuums zu verteidigen und menschliches Leben in allen Lagen zu schützen. Die Politik der CSU richtet sich am christlichen Menschenbild und unseren christlich-abendländischen Werten aus - durchgängig.

Schutz des Lebens:

Jeder einzelne Mensch ist ein Geschöpf Gottes. Unser christliches Menschenbild verpflichtet uns zu einem konsequenten, wirksamen und lückenlosen Schutz des menschlichen Lebens vom Anfang bis zum Ende. Der uneingeschränkte Schutz der Würde der Person, damit die Unverfügbarkeit über der Menschen Leben hat Vorrang. Die Menschenwürde und das Recht auf Leben sind allen Menschen zugesichert – dem auch noch nicht Geborenen. Das ungeborene Kind ist Mensch von Anfang an. Abtreibung bleibt Tötung menschlichen Lebens. Wir sind nachhaltig besorgt, die Zahl der Abtreibungen in Deutschland erheblich zu senken.

Ehe und Familie:

Die CSU steht uneingeschränkt zum besonderen Schutz des Staates für Ehe und Familie. Dieser Auftrag des Grundgesetzes (Artikel 6) und der Bayerischen Verfassung (Art. 124) stehen für Zeitgeistexperimente nicht zur Verfügung. Unser Ideal einer dauerhaften Ehe von Mann und Frau mit gemeinsamen Kindern versteht sich als unverzichtbare Kerngemeinschaft unserer Gesellschaft und künftiger Generationen. Die CSU gestaltet Politik für ein Leben mit Kindern. Die Familie ist das fundamentale Band zwischen den Menschen, auf das Nation und Staat setzen können müssen. Elterliche Rechte und Pflichten sind zu achten und müssen Vorrang haben vor staatlichem Handeln. Der Staat muss Eltern durch steuerliche Entlastung der Familien wie der Gemeinschaften mit Kindern die finanziellen Grundlagen für die Autonomie der Generationen-Kerngemeinschaft fördern und sichern.

Eigentum:

Die CSU tritt in besonderem Maße ein für die Belange der kleineren und mittleren Unternehmen, des Handwerks, der bäuerlichen Landwirtschaft, der selbständigen Unternehmer. Sie steht für die Schaffung von Wohnungseigentum. Formen von Selbständigkeit und Eigeninitiative festigen die Einheit von Eigentum, Unternehmensleitung und Verantwortung. Eigentümer und Familien tragen persönlich unternehmerisches Risiko und sind deshalb enger als andere Unternehmensformen mit ihren Unternehmen und Mitarbeitern verbunden. Der Schutz des Eigentums ist auch von daher unverzichtbar. Niemand gibt das Geld anderer Leute so sorgsam aus wie das eigene. Niemand geht mit den Ressourcen anderer so sorgsam um wie mit den eigenen. Nur die Stärkung des Privateigentums garantiert auf Dauer die schonende Verwendung knapper Ressourcen.

Eigenverantwortung:

Der bevormundende Versorgungstaat nagt an der Eigeninitiative des Einzelnen, untergräbt die soziale Verantwortung und bringt die Menschen in falsche Abhängigkeiten. Eine Politik, die die Ansprüche an den Staat weiter vergrößert, schwächt unser Gemeinwesen in seiner Leistungsfähigkeit. Nur die Stärkung von Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Leistungsbereitschaft wird einen Bankrott des Sozialstaats aufhalten und abwenden. Daher sind Leistungseinkommen wichtiger als Übertragungseinkommen. Der Sozialstaat lebt von der Leistungskraft und dem Leistungswillen der Bürger und nicht von der Umverteilungsmasse und der Umverteilungsphantasie, die Funktionäre und Bürokraten entwickeln.

Echte und vermeintliche Grundrechte:

Echte Grundrechte, die der Idee unveräußerlicher Menschenrechte entnommen sind und die den bürgerlichen Revolutionen des 18. und 19. Jahrhunderts in Amerika, Frankreich und Deutschland entstammen, werden leider mehr und mehr durch sogenannte Leistungsgrundrechte verdrängt, die die Idee des individuellen Rechtsschutzes aushöhlen. Leistungsgrundrechte versprechen soziale Teilhabe ohne auf die Finanzierung einzugehen, frei nach dem Motto: „Das Wir entscheidet, das Du bezahlt.“ Wir lehnen die Ausweitung dieser unechten Rechte ab, weil dies zu immer gravierenderen freiheitsfeindlichen Eingriffen in echte Grundrechte, allen voran in das Grundrecht auf Eigentum und in die Vertrags- und Gewerbefreiheit führt. Echte Grundrechte lassen sich als Abwehrrechte gegen ein Kollektiv zusammenfassen, nämlich von diesem verschont zu bleiben, solange man selbst Leib, Leben, Freiheit und Eigentum anderer verschont. Leistungsrechte bedrohen Freiheit und Eigentum unnötig und politisieren unser Alltagsleben.

Der Staat ist für die Menschen da, nicht umgekehrt!

Die notwendige Wiedergewinnung größerer Freiheitsräume für das Individuum hängt entscheidend davon ab, dass und wie es gelingt, Bürokratien zu Dienern des Bürgers zu reformieren, nicht zu Herrschern mutieren zu lassen. Der Hebel zur Beseitigung des den Bürger immer mehr belastenden Bürokratisierungsdrucks muss „oben“, in Berlin und Brüssel ansetzen. Die Bundesrepublik Deutschland wird nur dann ein freier Staat bleiben können, wenn der Mut zur Freiheit wieder stärker, das Nein zum Kollektivismus lauter und das Ja zur selbstverantwortlichen Lebensführung entschiedener werden. Daher wollen wir den Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat stoppen, die Bürger vor einer Flut von unnötigen Rechtsnormen, auch vor bürokratischer Bevormundung schützen und vehement gegen die Abschaffung der freien Konsumwahl eintreten.